

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. 21 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag
13.01.2012**

GRÜNE rügen „Systemversagen in der Patientensicherheit“

Hersteller von Brustimplantaten sollen Entschädigungsfonds finanzieren

Im Zusammenhang mit den Gesundheitsgefahren durch fehlerhafte Brustimplantate sprechen die Landtagsgrünen von einem "Systemversagen in der Patientensicherheit". Die sozialpolitische Sprecherin **Ursula Helmhold** forderte die niedersächsische Gesundheitsministerin Aygül Özkan auf, sich über eine Bundesratsinitiative für einen verbesserten Schutz der Patienten einzusetzen. "Die derzeitigen Regelungen für die Zulassung von Medizinprodukten sind lückenhaft und unzureichend", sagte die Grünen-Politikerin am Freitag (heute) in Hannover.

Offensichtlich mangle es an effektiven und regelmäßigen Kontrollen von Brustimplantaten und vergleichbaren Produkten, wodurch minderwertige und gesundheitsschädliche Produkte zum Einsatz kämen. Es sei deshalb dringend notwendig, schärfere Bestimmungen für die Zulassung von Medizinprodukten höherer Gefahrenklassen zu erlassen, eine effektive tatsächliche Kontrolle der Produkte durchzusetzen und den zuständigen Behörden direkte Durchgriffsrechte bei den Firmen und behandelnden Ärzten zu ermöglichen, forderte Helmhold.

Die Grünen-Politikerin regt ein Produkt-Register nach skandinavischem Vorbild an, um fehlerhafte Produkte zu erkennen und Transparenz über Fehlerquoten zu schaffen. Für die Geschädigten müsse nun ein Fonds eingerichtet werden, in den die Hersteller der Implantate einzuzahlen hätten, forderte Helmhold.